IMT Nuremberg Archives

H – 3431

International Court of Justice

H3431 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 23 July 1948

I certify that Document Number 1031-PS was introduced into evidence as Exhibit Number USA-844 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H3431 - 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 1031-PS No. USA - 844 is a photostat of an original document submitted in evidence by the United States Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C. .

Nuremberg, 7 July 1948

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military
Tribunal

H3431 - 0004
MILITARY TRIBUNAL
NÜRNBERG, GERMANY
USA Exhibit 844
May 6 Filed 1946

1031PS

Berlin, den 28. Mai 1941

Geheime Reichssache

Aktennotiz

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Besprechung bei Reichsminister F u n k

Anwesend:

1.) Reichsleiter Rosenberg
2.) Reichsstatthalter Meyer
3.) Stabsleiter Schickedanz
4.) Staatssekretär Landfried
5.) Reichsbankdirektor Wilhelm
6.) Ministerialdirektor Schlotterer
7.) Oberbürgermeister Winkler
8.) Oberbereichsleiter Malletke

Betrifft: Gestaltung der Währung in den zu besetzenden Ländern.

Reichsleiter Rosenberg führt folgendes aus:

Die Neugestaltung der Währung in den russischen, hauptsächlich in den ukrainischen Gebieten, sei nicht allein von wirtschaftlichen, sondern in der Hauptsache von politischen Gesichtspunkten aus zu betrachten, und zwar mit Rücksicht auf die Folgen, die eine falsch geleitete Währungspolitik zei-

H3431 – 0005

103185

tigen würde. Bei den Erwägungen müsse von folgenden Tatsachen ausgegangen werden:

1.) die wirtschaftlichen Verhältnisse des Ostens könnten auf keinen Fall mit denen des Westens verglichen werden; denn die wirtschaftlichen Zustände des Ostens seien dadurch gekennzeichnet, dass einerseits die Löhe sehr gering seien und andererseits ein grosser Warenmangel herrsche. Der gewöhnliche Arbeiter sei gar nicht in der Lage, bei seinem geringen Einkommen, das umgerechnet auf ca. 20 bis 30 RM im Monat zu schätzen sei, irgendetwas zu kaufen. Sofern die Reichskreditkassenscheine eingeführt und in einen bestimmten Umrechnungskurs zum Rubel gestellt werden, müsste damit gerechnet werden, dass eine allgemeine Unzufriedenheit eintreten wurde. Die in Reichsmark umgewechselten Rubel würden einen derartig geringen Entgelt darstellen, dass z.B. die ukrainische arbeitende Bevölkerung einen noch schlechteren Lebensstandard erhalten wurde als das bisher der Fall war. Die Schuld an der Verschlechterung der Lebensverhält-

A097283

H3431 – 0006

nisse würde dann den Deutschen zugeschoben werden. Da alle auftretenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf die Einführung des neuen Geldes zurückgeführt würden, würde eine solche Handhabung nicht tragbar sein.

2.) Es müsse mit einer sehr geringen Bildungsstufe des russischen Volkes gerechnet werden; mehr als 50 % seien wohl selbst heute noch Analphabeten. Auch die Kulturstufe sei ausserordentlich niedrig. Die Reichskreditkassenscheine, die zunächst eingeführt werden sollten, würden vom Volk nicht einmal gelesen werden können, da die des Lesens Kundigen nur die russische Schrift, nicht aber die lateinische kennen.

3.) Der Bedarf an Noten könne auch nicht annähernd im voraus bestimmt werden. Es müsse mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass ein grosser Teil der Noten vernichtet bzw. abtransportiert würde, bevor ein Zugriff auf die Banken oder Geldkassen möglich sei.

H3431 – 0007

Aus allen diesen Gründen erscheine es notwendig, bei der Regelung der Währung diese politischen Gesichtspunkte entscheidend zu berücksichtigen. In den einzelnen Ländern müsse deshalb auch verschieden vorgegangen werden.

In den baltischen Ländern würde darauf Bedacht zu nehmen sein, dass jede Regelung der Währung vorübergehender Natur sei, da dort wohl die Reichsmark eingeführt werden könnte. In der Ukraine und im Kaukasus dagegen würde es notwendig werden, die jetzige Währung, den Rubel, aufrechtzuerhalten, jedenfalls bis zur Gründung einer ukrainischen bzw. kaukasischen Nationalbank. Es müsste Vorsorge getroffen werden, dass genügend Rubelscheine, und zwar durch Neudruck in Deutschland und durch Anfertigung von Druckstöcken, die auch dort verwertet werden könnten, sowohl für die Truppen wie für den Einkauf zur Verfügung ständen. Eine Relation zur Reichsmark während dieser Periode der Rubelzahlung festzusetzen, sei sehr bedenklich. Eine gewisse Inflation, die sich auf Grund des Neudrucks

A097285

H3431 – 0008

103105

von Rubelscheinen ergeben könnte, müsste mit in Kauf genommen werden. Erst wenn die allgemeinen Verhältnisse überblickbar und gesichert wären, könnte an die Einführung einer Währung gedacht werden, welche in ein bestimmtes Verhältnis zur Reichsmark gesetzt würde.

Reichsminister Funk betont:

Auch er sei sich darüber klar, dass mit der Einführung von Reichskreditkassenscheinen und mit der Wertfestsetzung eines Umrechnungskurses sehr erhebliche Gefahren verknüpft seien. Er sei sich von Anbeginn darüber klar gewesen, dass die russische Währung und die deutsche Währung miteinander sehr schwer in ein Verhältnis gebracht werden könnten. Der Kurs der Reichsmark zum Rubel, der schliesslich im Verhältnis 1 : 10 normiert sei, sei zwar auf Grund der verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse in dieser Weise festgesetzt worden. Er sei sich aber darüber klar, dass es sich um einen gewissen Willkürakt handele. Ausserdem sei ihm bewusst, dass die Bewohner des platten

A 097286

H3431 – 0009

103105

Landes die deutschen Noten in ihrer Bedeutung nicht voll erfassen würden, da sie die deutschen Anschriften nicht lesen könnten.

Er regt die Frage an, in welcher Form den ausserordentlich zahlreichen Truppen, die in diese Gebiete einmarschierten, die Löhnung gezahlt werden solle. Es müsse vermieden werden, dass eine wilde Spekulation eintrete, und dadurch die Ernährungsaktion von Staatssekretär Backe in Schwierigkeiten geraten würde.

Stabsleiter Schickedanz schlägt vor;

dass die Löhnung der Soldaten in Deutschland in vollem Umfange zur Verfügung der Soldaten zurückbehalten würde. Für Russland sollten die Soldaten ein extra Taschengeld, und zwar in der Landeswährung (Rubel) erhalten. Auf den Einwand, dass das Armeeoberkommando Schwierigkeiten machen könne, erklärte Stabsleiter Schickedanz, dass das Armeeoberkommando derartige Vorschläge, wodurch es praktisch ein Geschenk erhalten würde, bisher noch nicht gehört habe. Die Höhe des Taschengeldes müsse

A 097287

H3431 – 0010

geprüft werden. Da die Soldaten in den besetzten Gebieten so gut wie nichts kaufen könnten, könnte das Taschengeld sehr niedrig sein, so dass eine Gefahr für die Spekulation kaum bestände, und vor allen Dingen auch die Ernährungsaktion von Staatssekretär Backe nicht gefährdet sei.

Ministerialdirektor Schlotterer äusserte Bedenken über die Frage, dass die russische Währung in kein Verhältnis zu der deutschen gesetzt werden solle. Er fürchtet, dass die später mit Sicherheit einsetzenden Handelsverträge und der Warenaustausch nicht durchführbar seien, sofern eine solche Relation nicht festgesetzt wurde.

Bürgermeister Dr. Winkler ist folgender Ansicht:

Es sei mit der Möglichkeit zu rechnen, dass die Russen von den Banknoten möglichst viel Scheine fortschleppen würden, und dass auch Druckstöcke für den Neudruck von Noten nicht vorhanden wären. Es müsse also Vorsorge getroffen werden, dass ausreichend Geldmaterial vorhanden sei. Er schlägt

A097283

103105

vor, schon jetzt mit Hilfe der Rotationspresse Rubelscheine in einer voraussichtlich benötigten Höhe in Deutschland zu drucken und dem deutschen Militär, d.h. den Intendanturen zur Verfügung zu stellen. Auf Grund von Erkundungen sei er zur Überzeugung gelangt, dass Privatdruckereien eine genügende Anzahl von Scheinen drucken könnten. Es käme nicht darauf an, dass das Papier genau dem russischen entspräche, man müsse eben der Bevölkerung beibringen, dass die Russen die Rubelscheine gestohlen hätten, und dass Deutschland in der Eile und Schnelligkeit für neue Scheine hätte sorgen müssen.

Reichsbankdirektor Wilhelm bittet darum, dass auf keinen Fall die Reichsbank bei dem Neudruck der Rubelscheine in Erscheinung tritt. Man dürfe auf keinen Fall der Reichsbank den Vorwurf machen, dass sie Noten gefälscht habe. Hierfür müsse eine besondere Organisation geschaffen werden.

Reichsminister Funk fasst das Ergebnis der Sitzung zusammen:

A097239

H3431 – 0011

1031/03

Auch er halte den Vorschlag von Reichsleiter Rosenberg für richtig, und zwar weil die deutschen Noten für die einheimische Bevölkerung nicht erkennbar wären, und weil ferner eine Relation der deutschen zur russischen Währung nicht aufgestellt werden könne.

Er beauftragte Ministerialdirektor Schlotterer sofort mit dem Militärzu unterhandeln und festzustellen, ob es die Vorschläge, die sich im Laufe der Sitzung ergeben hätten, akzeptiere.

Die gesamten Währungsverhältnisse liessen sich im voraus überhaupt nicht bestimmten. Weder die wirtschaftlichen noch die Geldverhältnisse könnten im voraus überschlagen werden. Die Vorschläge von Reichsleiter Rosenberg erschienen im Verhältnis zu den bisher gemachten als die gangbarsten und im Interesse der deutschen Reichswährung jedenfalls als die vorteilhaftesten.

H3431 – 0012

A 097290

H3431-0012A

1031 - PS

H-3431

USA 844 (1031-PS)

EXHIBIT-USA

844

(1031-PS)

A 097281

H3431 – 0013

H3431-0014

9 Pages

H3431-0015

603

USA 844 (1031-PS)